

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Macdonald für allgemeine Abrüstung.

### Der britische Premier kennzeichnet die Politik Poincarés.

Paris, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Premierminister Ramsay Macdonald hat dem politischen Direktor des „Quotidien“ ein Interview gewährt, das manche bisher unbekannte Aufschlüsse über die nächsten Absichten der neuen englischen Regierung auf politischem Gebiete gibt. Auf die Frage nach der Animosität gegen Frankreich antwortete Macdonald, daß man in England der französischen Ruhepolitik die Hauptursache für die europäische Krise beimeistert. Nicht allein England, sondern ganz Europa leide darunter. Dazu kommt, daß die moralische und finanzielle Ermattung die Frankreich der Rüstungspolitik gewisser kleiner Staaten angebrochen lasse, die Gefahr neuer Kriege außerordentlich verschärze. Viele Haltinge Frankreichs werde den Verdacht der ganzen Welt und lasse weiteste Kreise in England an die Notwendigkeit von Abwehrmaßnahmen glauben. Die Frage, was er von den Arbeiten der beiden Sachverständigenkommissionen halte, ob er glaube, daß sie zu einer Lösung der Reparationsfrage beitragen könnten, beantwortete Macdonald dahin, daß das nach seiner Auffassung innerhalb des engen Rahmens, der den Kompetenzen der Sachverständigen gezogen sei, unumgänglich sei. Wenn die Sachverständigen eine Erweiterung dieser Grenzen verlangen sollten, so würde die englische Regierung einen solchen Schritt nach Kräften unterstützen. Auf die Frage, ob es zuträfe, daß die englische Regierung für den Fall, daß Frankreich sich einer solchen Ausdehnung der Kompetenzen der Sachverständigenkommission widersetze, eine internationale Konferenz vorschlagen werde, antwortete Macdonald ausweichend. Zu dem Thema der französischen Sicherheit erklärte der Premier, daß die gewaltigsten Rüstungen niemals ausreichen würden, Frankreich vor Gefahren zu schützen und deshalb wünsche er, daß es aufhöre, ausschließlich auf seine militärische Macht zu bauen und begreife, daß es im Völkerbund einen weit größeren Schutz haben würde. Auf die Frage, ob England bereit sei, auf seine Forderungen an Frankreich zu verzichten, falls es keine Reparationsanprüche gegen Deutschland auf ein vernünftiges Maß beschränke, antwortete Macdonald, daß er hierüber keine Erklärungen abgeben wolle, die ihm für spätere Verhandlungen mit der französischen Regierung die Hände binden könnten. In seinen weiteren Ausführungen gab er seinem unbedingten

Wir dürfen weder die materiellen noch die psychologischen Faktoren außer Acht lassen. Es wäre ein großer Irrtum anzunehmen, daß man auf längere Zeit ungekräft eine Nation in ihren Interessen schädigen oder in ihrem Stolz erniedrigen kann. Auf die Frage, ob Macdonald der Ansicht sei, daß die deutschen Demokraten aufrichtige Beizisten und aufrichtig geneigt seien, Reparationen zu zahlen, antwortete er, er sei dessen sicher. Auf die fernere Frage, ob die Demokratie bald die reaktionären Parteien in Deutschland beherrschen könne, antwortete Macdonald: Wir Arbeiter haben die Absicht, eine Politik zu betreiben, die, soweit es in unserer Macht liegt, der deutschen Demokratie den Aufstieg zur Regierung erleichtert. Wenn man aber beharrlich eine Politik betreibt, durch die man den deutschen Reaktionären in die Hand spielt, dann wäre das eine Torheit, die allen teuer zu stehen käme, den Franzosen, den Engländern und ganz Europa. Auf die Frage nach der Meinung Macdonalds über die separatistische Bewegung im Rheinland und in der Pfalz antwortete dieser, seine Ansicht sei sehr einfach und sie sei die von ganz England. Wenn eine separatistische Bewegung spontan aufsteigt, dann geht uns das gar nichts an. Aber wenn diese Bewegung durch eine auswärtige Macht in Szene gesetzt wird, dann sind wir der Ansicht, daß der Friedensvertrag von Versailles verletzt ist, und wir werden uns hier formell weigern, diese separatistische Regierung anzuerkennen, die mit solchen Mitteln eingeleitet worden ist.

## Geheime Aussprache Poincaré-Jaspard.

Paris, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der belgische Außenminister Jaspard ist am Sonntag völlig überraschend zu einer Aussprache mit Poincaré in Paris eingetroffen. Die Aussprache begann um 3 Uhr im Rintlerium des Auswärtigen und dauerte 1 1/2 Stunden. Der Presse wurde jede Auskunft über die Gründe, die Jaspard unermüdet nach Paris geführt haben und über den Gegenstand der Unterhaltung verweigert. In politischen Kreisen kursieren darüber verschiedene Versionen. Die meiste Wahrscheinlichkeit dürfte die Vorstellung für sich haben, daß die Aussprache in engerster Zusammenhänge mit den Arbeiten der beiden Sachverständigenkommissionen steht. Man schreibt im Zusammenhang mit der Reise des Vorsitzenden des zweiten Sachverständigenkommissionen Mac Kennan nach London dem neuen englischen Premierminister die Absicht einer Initiative zu Gunsten einer Ausdehnung der bisher stark beschränkten Kompetenzen der Sachverständigen zu und erwartet darüber hinaus die Einberufung einer internationalen Konferenz durch Macdonald. Diese Tatsachen, insbesondere aber das Gefühl, daß die neue englische Regierung in der Reparationsfrage eine mehr als auffällige, aber geschickte Aktivität zu verfolgen beabsichtigt, dürfte in erster Linie das Bedürfnis nach einer Aussprache zwischen Poincaré und Jaspard hervorgerufen haben.

Paris, 28. Januar. (WTB.) Nach dem Brüsseler Berichterstatter des „Quotidien“ ist der Hauptzweck des Besuchs Jaspards das belgisch-französische Wirtschaftsabkommen gewesen, das in Belgien auf starken Widerstand gestoßen sei.

## Poincaré und der nationale Bloß.

Paris, 28. Januar. (WTB.) Der gestrigen Rede Poincarés, durch die es möglich geworden ist, etwa 30 für die Generaldebatte gemeldet zu Rednern das Wort abzusprechen, wird sowohl von der Presse des Nationalen Bloß als auch von der linksstehenden Presse insofern große Bedeutung beigelegt, als darin eine Annäherung des Ministerpräsidenten an den Nationalen Bloß erblickt wird, und zwar gibt man zu, daß Poincaré noch eine zweite große Schlacht gewinnen müsse, daß er die unzulässigen Gegenentwürfe gegen seine Steuerpläne abhänge. Das führende Organ des Nationalen Bloß, das „Devoir“, erklärt: Poincaré hat sich eine große Mühe gegeben, seine neuen Steuern zu rechtfertigen. Er hat der Mehrheit der Kammer gegenüber die formelle Verpflichtung übernommen, sie wiederwählen zu lassen. Das war der Inhalt und das wesentliche seiner gestrigen Rede. Wie hätten die Anhänger Kronos einem derartigen seit langem erstellten Versprechen widerstehen können? Aber diese rein politische Beweisführung hat offenbar Poincaré selbst für unbedeutend gehalten, und die Unzufriedenheit mit sich selbst erklärte zweifellos auch seine an den Tag gelegte Reizbarkeit gegenüber der Linken.

## Die Börse optimistisch.

Die Geldmarktlage an der heutigen Börse blieb flüssig, bei einem Satz von 1 pro Milie für kurzfristiges Geld. Unter der weiteren Verschleppung der Aufwertungsfrage und der Besteuerung von Inflationserträgen leidet die Unternehmungslust jedoch außerordentlich. Außerdem wirken noch die bevorstehenden Verhandlungen der Sachverständigenausschüsse in Berlin hemmend. Man ist trotz der verhältnismäßigen günstigen Aufnahme, die Dr. Schacht in Paris gefunden hat, in führenden Finanzkreisen doch noch sehr skeptisch. Günstig beurteilt wird allerdings die allgemeine Wirtschaftslage im Hinblick auf die anhaltend günstigen Berichte aus der Industrie. Man rechnet mit einer weiteren beträchtlichen Verminderung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Wochen.

Am Devisenverkehr zeigen sich bisher noch keine wesentlichen Veränderungen. Es liegt noch wie vor ein erhebliches Angebot an Scheds und Wechseln auf dem Markt vor, so daß der laufende Bedarf des Einfuhrhandels ohne große Zuzichnahme von Reichsbankdevisen gedeckt werden kann. Die Kurse waren im allgemeinen unverändert.

Am Effektenmarkt konzentrierte sich das Interesse in der Hauptsache auf die bekanntesten Spezialpapiere. Am Markt der Kriegsanleihe fanden wieder bedeutende Umsätze statt. Sie wurden mit 185 nach 210 gehandelt. Recht fest lagen auch die führenden Montanwerte.

## General Hasse.

### Der Beherrscher Thüringens.

Die Zustände im Freistaat Thüringen wachsen sich immermehr zum öffentlichen Ärgernis aus. Nachdem das heftige Drängen deutschnationaler Kreise in Verbindung mit gewissen militärischen Stellen nach Einsetzung eines Reichskommissars, d. h. nach Wiederholung des sächsischen Experimentes, zunächst von der Reichsregierung abgelehnt worden ist, sieht der in Thüringen noch immer kommandierende Militärbefehlshaber, General Hasse, augenblicklich seine Aufgabe darin, einen Reichskommissar-Ersatz zu spielen. Er dehnt seine Tätigkeit, von der wir auf Grund der Denkschriften der Thüringischen Regierung wiederholt Proben gegeben haben, immer weiter aus. Er suspendiert Beamte von ihrem Amte, wenn es Sozialdemokraten sind, und mischt sich auch sonst in die Verwaltung in einem Maße ein, daß es für jede Behörde geradezu unerträglich wird.

Nachdem auf Grund der Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Thüringischer Staatsregierung der bekannte Fünferausschuss zur Kontrolle der Personalpolitik eingesetzt worden ist, hat General v. Seekt unterm 19. Januar an General Hasse das folgende Schreiben gerichtet:

„Durch die Einsetzung des Fünferausschusses werden die Verfügungen überflüssig, durch die der Befehlshaber in Thüringen sich der vorherigen Kenntnis von allen Personalveränderungen verschert hatte; ich ersuche daher, sie aufzuheben. Das Recht und die Pflicht des Befehlshabers, sich auch über dieses Gebiet dauernd unterrichtet zu halten, wird hierdurch nicht berührt; ebenfalls nicht sein Recht, auch auf dem Gebiet der Personalpolitik in Fällen einzugreifen, die der Befugnis des Ausschusses nicht unterliegen.“

Der General Hasse erhielt diese Anordnung seines Vorgesetzten und ließ sofort unter dem 22. Januar ein Schreiben an die Thüringische Staatsregierung abgeben, das die Verfügung seines Chefs zum größten Teil wieder aufhebt:

„Auf Grund einer Verfügung des Chefs der Herrensleitung . . . und nachdem mir mitgeteilt worden ist, daß der auf Grund der Vereinbarung zwischen der Reichs- und der Thüringischen Landesregierung geschaffene Ausschuss am Freitag, den 25. Januar 1924, seine Tätigkeit aufnehmen wird, sind die Fälle von Anstellungen, Beförderungen, Entlassungen, Versetzungen in den Wartestand sowie Versetzungen von Beamten dem Ausschuss von der Regierung zur Genehmigung zu unterbreiten. Es erübrigt sich somit, mit mir in diesen Fällen vorher Zustimmung aufzunehmen. Meine Verordnungen Ic Nr. 451 vom 13. November 1923 und vom 4. Dezember 1923, Ic Nr. 606 vom 9. Dezember 1923 und vom 13. Dezember 1923 lege ich daher außer Kraft. Auf Grund der oben erwähnten Verfügung des Chefs der Herrensleitung ist es jedoch mein Recht und meine Pflicht, mich auch über dieses Gebiet dauernd unterrichtet zu halten. Ich ersuche daher, mir von allen Fällen der Personalveränderungen in der Beamenschaft, die dem Ausschuss unterbreitet werden, Kenntnis zu geben. Ferner muß ich es mir vorbehalten, auch auf dem Gebiete der Personalpolitik wie bisher in allen Fällen einzugreifen, die der Befugnis des Ausschusses nicht unterliegen. Hierzu gehören in erster Linie alle die Fälle, die dem Ausschuss von der Landesregierung nicht oder noch nicht zur Genehmigung vorgelegt worden sind und einer Klärung und eines Eingriffs von meiner Seite bedürfen.“

Hasse mißt also der Staatsregierung zu, daß sie außer der Verhandlung mit dem Ausschuss auch noch mit ihm über jede Verfügung auf dem Gebiete der Personalpolitik verhandelt, wenn er es für notwendig hält, einzugreifen oder, wie er sagt, zu „klären“. Die Landesregierung hat sich beschwerdeführend an den Reichstanzler gewandt und in der Beschwerdeschrift darauf hingewiesen, daß General Hasse „dauernd die Einsetzung eines Reichskommissars betrieben hat, um dadurch einerseits die nach seiner Auffassung allein gegebene Möglichkeit zu schaffen, die bevorstehenden Landtagswahlen zwecks Erreichung einer bürgerlichen Mehrheit aus- sichtslos zu beeinflussen, andererseits den Beamten- abbau in der Richtung eines einseitigen Vorgehens gegen links gerichtete Beamten aller ihm nicht genehmen Parteien herbeiführen zu können“.

In einer Pressenotiz hat General Hasse, indem er sich gegen eine Abhandlung unseres Jenauer Parteiblattes wandte, seine Auslegung der Verfügung des Generals v. Seekt noch einmal unterstrichen und hinzugefügt: „Das Staatsministerium hat darüber nähere Weisungen erhalten.“ Er fühlt sich also vollkommen in der Rolle eines Mannes, der einer verfassungsmäßigen Regierung Weisungen zu erteilen hat. Das Verlangen der Staatsregierung an den Reichstanzler, eine Anweisung an den General Hasse herbeizuführen, die sein Eingreifen beschränkt ist, dabei mehr als gerechtfertigt, besonders, da die Staatsregierung sich außerdem bereit erklärt, von den Protokollen über die Verhandlungen des Fünferausschusses dem General Abschriften zu übersenden, aus denen er sich „dauernd unterrichten“ kann.

Sein immer wiederholtes Eingreifen in die Geschäfte der Regierung bedeutet, von seiner politischen Tragweite ganz abgesehen, eine unerträgliche Mehrbelastung der ohnehin über das normale Maß hinaus in Anspruch genommenen Registratur- und Schreibkräfte. Eine Belastung, die gerade im Hinblick auf den Abbau der Beamten um so ungeheurer wirkt.

Die Staatsregierung hat außerdem eine Abschrift des von uns am Sonnabend veröffentlichten „öktischen“ Bahi-

## Vertrauen in die Zukunft des Völkerbundes

Zusatz. Dieser macht schon jetzt das verdammteste System zivilisierter Völker überflüssig, die dazu bestimmt sind, das europäische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, in Wirklichkeit aber nur dazu dienen, den Gegensatz zu verschärfen und neue Kriege zu entfesseln. (Dies spricht der belgische Premierminister unmittelbar nach der Unterzeichnung der Vändnisse Frankreich-Italien-Schweden aus! Red.) Die Völker Europas müßten endlich den Mut haben, die Vorurteile und Methoden der alten Diplomatie zu überwinden. Wenn die Nationen sich zu allgemeiner Abrüstung entschließen könnten, dann wäre zum ersten Male in der Geschichte der Frieden und die Sicherheit jedes einzelnen Landes auf fester Grundlage fundiert.

Der WTB-Wiedergabe des Interviews seien noch folgende Ergänzungen entnommen:

Ramsay Macdonald sagte: Man wirft Frankreich vor, daß es mit der Ruhepolitik nicht genügend Rücksicht auf die höheren Interessen Europas genommen habe und daß es gar keine Rücksicht auf die besonderen Interessen Englands nimmt. Macdonald sagte weiter, er wolle nicht von der Verantwortung sprechen, die die Geschäftsleute und die Arbeiter angesichts gewisser Erörterer industrieller Kombinationen hätten, deren Vorhandensein man meidet und die gegen England gerichtet zu sein scheinen. Er wolle auch nicht von der Verantwortung für die eigene Sicherheit sprechen, die von Engländern angesichts der ungeheuren Rüstungen Frankreichs empfunden werde. Aber er müsse sagen, daß die besten Helfer Beunruhigung und mißtrauisch seien. Es sei die Aufgabe der jetzigen Regierung, die Gefahren abzuwehren, die dieser Zustand herbeiführen könnte. Seine persönliche Überzeugung aber sei, daß im Grunde genommen das englische und das französische Volk Freundschaft füreinander empfänden und daß die gefährliche Wolke, die heute aufsteige, von einem gegenseitigen Mißverständnis der wirklichen Bedürfnisse und der wirklichen Wünsche herrühre. Deshalb müßte man sich offen aussprechen, wodurch man, wie er glaubte, alle Mißverständnisse beseitigen könne. Auf die Frage über das Verhältnis der Reparationsfrage zu den internationalen Schulden antwortete Macdonald: Wir sind der Ansicht, daß die Frage der französischen Schulden gegenüber England nicht erschritten werden kann, ohne daß zu gleicher Zeit die Frage der europäischen Lage erörtert würde. Ich werde niemals zwischen dem einen und dem anderen trennen werden. Macdonald sprach sich außerdem über den Völkerbund aus und erklärte: Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund würde für Frankreich im Osten die beste Sicherheitsgarantie sein. Auf die Frage, ob, wenn die französisch-englischen Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, die englische Regierung den Streitfall vor den Völkerbund bringen werde, erklärte Macdonald, er hoffe auf eine Verständigung mit Frankreich. Auf die Bemerkung, daß Poincaré auch in Frankreich gegen seiner Politik habe, daß diese aber glaubten, eine Räumung des Ruhrgebietes sei nicht möglich, beantwortete Macdonald, daß er keine weiteren Maßnahmen sehen könne, außer andere Maßnahmen beschaffen seien, antwortete der englische Premierminister: Das weiß ich. Aber wir werden demnächst den Vorklären gegenübergestellt werden oder wir werden uns an den Abgrund führen lassen. Die

französische Ruhepolitik bringt keinem Vorteil, weder Frankreich, noch England, noch irgend jemandem, aber sie birgt in sich die Keime für alle möglichen Katastrophen. Man spricht von Sicherheit, aber wenn der europäischen Zustand andauernd wird, wie 20 Jahre voran sind, sehen, welche Art von Sicherheit Frankreich die Ruhepolitik gegeben hat. Wir müssen an die Zukunft und an die Erhaltung des Weltfriedens denken.

plakates sowohl an den demokratischen Reichswehrminister wie an den Reichsfinanzminister gerichtet und Beschwerde darüber geführt, daß ein solches durch besonders abstoßende Karikaturen der Kopie republikanischer Führer ausgezeichnete Plakat die Genehmigung einer Militärstelle finden konnte. In der Beschwerdeschrift heißt es:

Wir müssen unser größtes Bestreben darüber aussprechen, daß eine militärische Stelle ihre Zustimmung zu der im Auftruf enthaltenen Herabwürdigung der Person des früheren Reichsinnenministers Preuß, der die Reichsverfassung geschaffen und damit der heutigen Staatsform die Grundlage gegeben hat, in dieser unwürdigen Art erteilen konnte. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß durch eine öffentliche Herabsetzung des Mannes, der an der Ausgestaltung des Reiches zur jetzigen Staatsform der Republik hervorgeragt beteiligt gewesen ist, auch das Ansehen unserer Staatsform beeinträchtigt wird. Daß eine militärische Stelle ihre Zustimmung zu einer solchen Beeinträchtigung des Ansehens der Republik gegeben hat, müssen wir sehr bedauern. Wir müssen aber auch größten Wert darauf legen, daß der Herr Militärbehördenleiter in Thüringen wegen Erteilung der Genehmigung zu dem Auftruf der darin enthaltenen öffentlichen Herabwürdigung des früheren Reichsinnenministers Preuß und der damit verbundenen Beeinträchtigung der jetzigen Staatsform zur Rechenschaft gezogen und angewiesen wird, künftig derartige Angriffe nicht wieder zuzulassen.

Die Beschimpfung jüdischer Führer der republikanischen Parteien wirkt in Thüringen um so auffälliger, als auf der Wahlliste des sogenannten „Ordnungsblatts“ auch der jüdische Professor Rosenthal von der Demokratischen Partei aufgeführt ist, der mit Deutschnationalen und einem Teil der Völkischen auf derselben Liste kandidiert. Die offizielle Sanktion des von uns wiedergegebenen Plakats ist bekanntlich von „zuständiger Stelle“ damit entschuldigt worden, daß auf Verlangen des Reichstages für die Wahlzeit solche Flugblätter unbeanstandet bleiben sollten, die nicht zu Gewalttätigkeiten aufreizen. Daß die Beherrschung Hitlers, des Putzschiffen, in Verbindung mit der Beschimpfung jüdischer Politiker keinen anderen Zweck verfolgt, als Pogromstimungen heraufzubeschwören, ist jedem nichtmilitärischen Deutschen klar. Nur im Stabe des Generals Hasse scheint man darüber anderer Meinung zu sein.

Ob der demokratische Reichswehrminister, der Parteifreund des Professors Preuß und des Professors Rosenthal, noch soviel Einfluss hat, daß er wenigstens hinsichtlich seiner eigenen Partei den Tatendrang unpölitischer Reichswehroffiziere im Zaume halten kann, muß man nach allem bisher Erlebten bezweifeln. Aber wir wagen immer noch zu hoffen, daß in der Reichsregierung sonst noch Männer sitzen, die für die Empörung der thüringischen Republikaner über die Hasse-Politik wenigstens ein Mindestmaß von Verständnis aufzubringen vermögen.

### Hasse rektifiziert.

Um 12 Uhr mittags, nachdem der vorstehende Artikel bereits geleht war, verbreitet W.B. folgende Meldung: Der in Thüringen erscheinende W.B. auftrug der vereinigten völkischen Parteien hat erwirkt, daß eine zu sehr am Wortlaut haftende Auslegung der Erklärung der Reichsregierung, wonach Wahlflugblätter die Genehmigung nur dann zu verlagern ist, wenn sie auf einen gewalttätigen Umsturz der Verfassung hinwirken, dem Gehalt der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht im Wege steht. Der Inhaber der vollziehenden Gewalt hat demgemäß das Verbot des völkischen Flugblattes perfüg und die Militärbehörden angewiesen, auch an Wahlflugblätter einen möglichst strengen Maßstab anzulegen, der die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unter allen Umständen gewährleistet.

Das jüdisch-italienische Bündnis ist gestern, Sonntag, in Rom von Mussolini und Mussolini unterzeichnet und nachher in Triest feierlich geschlossen worden. In Frankreich erwartet man davon auch eine Annäherung Italiens an Frankreich über die Kleine Entente, zu der Südspanien gehört. Baldschich und sein Außenminister Rintschich reisen von Rom nach Paris.

## Ein literarisches Experiment.

### Zur Morgenfeier der Volksbühne.

Dankenswert bleibt das Bestreben der Volksbühne, ihrer Gemeinde in das dichterische Wollen der Gegenwart Einblick zu gewähren und Verständnis für das künstlerische Schaffen zu vermitteln, das den Anbruch einer neuen glücklicheren „wesentlichen“ Zeit erhebt. Ob es der Literarischen Morgenfeier, die gestern im Volkstheater am Bülowplatz stattfand, gelungen ist, muß bezweifelt werden. Die Auswahl der Darbietungen ließ die jüdische Linie vermissen. Aus dem einleitenden Vortrag des Dr. Rudolf Kopper und aus der Blütenlese jungdeutscher sozialer Dichtung, die Karl Vogt mit sachlichem Pathos, streng überredend, eindringlich vortrug, konnte das Publikum nur ahnen, wozu die Sehnsüchte moderner Dichter führen. Offenbar hatten die Veranstalter der Morgenfeier die Absicht, es in das Reichland des Expressionismus zu leiten. Hätte man statt der Gedichte des Kurt Hegnide und Franz Werfel, die gelesen wurden, Johannes K. Becker und August Stramm gewählt, so wäre den Hörern die Richtung einer Poesie klarer geworden, die sich gegen die gottgewollten Abhängigkeiten auflehnt, sich gegen die Tyrannei der Umwelt empört, die einen neuen Stil der Wortmacht geschaffen hat. Die wenigen Zeilen des „Sturmangriffs“ von August Stramm

Aus allen Winkeln gehen fürchte Wollen.  
Kreisch  
Reißt  
Das Leder.  
Vor  
Sich  
Her.  
Den leuchten Lob  
Die Himmel sehen.  
Blinde schädert mildum das Entsetzen

hätten markanter das kongretierte, efflatöse, „die Ausbrunst“ des Expressionismus gezeit als der Einakter „Rudimentär“, der — unverständlich — als Probe expressionistischer Dramatik aufgeführt wurde. „Rudimentär“ ist — es nützt alles nichts — die grobnaturliche Dramatisierung des unabhingigen Lebensgefühls irdischer Menschen. Der Inhalt: Mann und Frau aus der Hefe des Volkes drehen den Gashebel auf, um den Alltagsorgen für immer zu entfliehen, und, nachdem sie sich noch im Angesicht des Todes angeteilt haben, fällt ihnen ein, daß ihnen seit gestern wegen Nichtbezahlung der Rechnung das Gas abgesperrt ist. Dieser Inhalt pendelt zwischen Witz und Tragik qualvoll hin und her.

Lothar Schreyer, selbst expressionistischer Dichter und Dramatiker, versuchte, durch ein expressionistisches Bühnenbild „Rudimentär“ den Expressionismus einzuträufeln, der schloß, und die

## Die Aktion gegen den Minister.

### Eine Darlegung der Verteidiger des Genossen Hermann.

Die Verteidiger des inzwischen aus der Haft entlassenen thüringischen Innenministers Hermann übermitteln uns über den Tatbestand folgende Erklärung:

Am 2. Januar 1924 ist der Innenminister Thüringens, Karl Hermann in Weimar, als er von Eisenach ins Ministerium zurückkehrte, am Bahnhof vorläufig festgenommen worden. Er wurde zunächst durch zwei Kriminalbeamte (Minister Hermann wäre freiwillig alsbald jeder Ladung gefolgt) dem Staatsanwalt vorgeführt, der ihn, zum Teil in Gegenwart des Heeresanwalts — der sich an der Vernehmung des Ministers beteiligte — zunächst vernahm. Gegenstand der Beschuldigung waren mehrere Fälle, in denen sich der Minister der Fälschung von Amtsurkunden schuldig gemacht haben soll, indem er Anstellungsbeschlüsse mit einem früheren Datum versehen haben soll als dem Tage, an dem er die Unterschrift unter den Anstellungsbeschlüssen in den Akten gab. Die Anstellungsurkunden sind sodann in Reinschrift mit dem Datum hinausgegeben worden, unter dem der Anstellungsbeschlüsse in den Personalakten des betreffenden Beamten vom Minister gezeichnet war.

Die Fälle, in denen so verfahren wurde, werden als Urkundenfälschung begangen im Amt, ausgelegt, dazu noch als zum Vorteil des betreffenden Beamten (Verbrechen gegen §§ 348, 349 StGB.). — Auch Urkundenfälschung wird dem Minister Hermann zum Vorwurf gemacht, in dem er Beschwerdeschriften über einen Beamten nicht zu dessen Personalakten, sondern beiseite gebracht haben soll.

Minister Hermann hat von vornherein erklärt, daß er niemals eine falsche Beurkundung vorgenommen habe, geschweige denn absichtlich zum Vorteil eines Dritten, oder Akten, in der Absicht, sie abhandeln zu lassen, beiseite zu bringen; er erklärt, daß er sich weder einer parlamentarischen oder strafrechtlichen Verantwortung entziehen wird. Er hat die Ernennung seiner zuständigen Beamten in üblicher Weise ausgesprochen und die schriftliche, amtliche Niedersetzung dieser ministeriellen Verfügung durch den zuständigen Ministerialbeamten ist niemals früher datiert worden, als die Anweisung zur schriftlichen Fixierung vom Minister mündlich seinem Beamten erteilt war.

Die angeblich beiseite geschickten Beschwerdeschriften über einen Beamten der Landespolizei hat der Minister aus wohlwollenden Gründen in ausdrücklicher Hebererinstimmung mit dem diesbezüglichen Sachreferenten und auf dessen Vorschlag nicht zum Bestandteil der Personalakten des Beamten gemacht, sondern gesondert verwahrt.

Auf Grund dieser Beschuldigungen wurde Minister Hermann verhaftet und in Untersuchungshaft wegen Verdunkelungsversuch und Falschverdict genommen. Die Verteidigung hat den Standpunkt stets vertreten, daß diese beiden Gründe der Verhaftung bei Minister Hermann nicht gerechtfertigt sind, genau so wie sie überzeugt ist, daß eine strafbare Handlung des Ministers Hermann nicht vorliegt. Der bisherige Gang der Untersuchung hat die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der Haft ergeben und der weitere Fortgang des Verfahrens dürfte zu keinem anderen Ergebnis führen als zu der Hinfälligkeit der gegen Minister Hermann erhobenen Beschuldigungen.

Die sachliche Darlegung wird natürlich nicht hindern, daß in der ganzen „antimilitarischen“ Presse die Verleumdung des beschuldigten Ministers weitergetrieben wird. Erst nach den Landtagswahlen am 10. Februar wird das Geschrei verebben. Denn dann wird es seine Schuldigkeit getan haben.

## Wahlen im Saargebiet.

### Bedeutender Erfolg der Sozialdemokratie.

Saarbrücken, 23. Januar. (W.B.) Die Landesratswahlen im Saargebiet welen bis zur Stunde (9 Uhr vormittags) folgendes Ergebnis auf: Zentrum 93.632; Sozialdemokraten 44.536 (1922: SPD, 29.210; USP, 2300; zusammen 31.510); deutsch-saarländische Volkspartei (Liberalen und Demokraten) 32.058; Deutschnationale 2791; Haus- und Grundbesitzerpartei 9178; Kommunisten 39.311 (früher 14.693); Saarbund (franzosenfreundlich) 5588 Stimmen. Die Mandate verteilen sich bisher wie folgt: Zentrum 14, bisher 16; Sozialdemokraten 6, bisher 4; Kommunisten 6, bisher 2; deutsch-saarländische Volkspartei 4; Liberalen und Demokraten zusammen bisher 5; Haus- und Grundbesitzerpartei 1, bisher 2; Deutschnationale 0; Saarbund 0.

## Gegen Drofflung des Volksrechts.

### Eine Kundgebung des republikanischen Richterbundes.

Der Republikanische Richterbund erläßt folgende Kundgebung:

Das Reichsjustizministerium hat erklären lassen, daß der Entwurf der neuesten Rotverordnung betreffend den Zivilprozeß den Organisationen der Anwälte und der Richter zur Begutachtung vorgelegt worden sei. Es wird in der Öffentlichkeit gefragt, ob auch der Republikanische Richterbund zur Meinungsäußerung aufgefördert wurde und wie diese Äußerung lautet. Unsere Stellungnahme zu den jüngsten Taten und Plänen der Reichsjustizverwaltung ist die folgende:

Hier Bureaukratenrecht, hier Vortoch. Darum geht der Kampf, der ohne zwingende Veranlassung zu neuer Schärfe herausgefordert wurde. Der tragende Gedanke der Weimarer Verfassung „die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ hat Auswirkungen von innerlicher Machtvolle auf die Verfassung der Gerichte, auf die Ordnungen des Strafverfahrens und des Zivilprozesses; Auswirkungen, die dahin drängen, die überkommenen Grundsätze des Rechtsstaats in der Parteienbeteiligung, im Rechtspruch, in der selbstverwaltenden Stellung der Parteien und ihrer Sachwalter nach zu mehrern und zu stärken. Diese Erhebungen eines volkstümlichen und eines freiherrlichen Rechtes zu fördern, sie durch Verflüchtigung des Schwurgerichts, durch Einräumung des Uebergewichts an den gelehrten Richter und den Staatsanwalt, durch Schwächung der Rechtsgarantien und der Rechtsmittel, durch Ausgrabung des Untersuchungsprinzips und der Vorbringungsprüfung (Coentua'magine) aus dem Staub der Jahrhunderte, durch Eingebung und Bevormundung der Parteien und ihre Sachwalter zurückdrängen, ist unter der geltenden Verfassung der deutschen Republik besonders unnatürlich und staatsunwürdig.

Strengste Sparsamkeit mag in der gegenwärtigen Lage unseres Vaterlandes auf vielen Gebieten oberste Pflicht sein; zu einer Drofflung des Volksrechtes darf sie niemals führen. Denn was hätte alles Sparen und das Gleichgewicht im Haushalt des Staates, wenn dieser deutsche Staat darüber an seiner Seelen seinem Wesen als Rechtsstaat verlore, wenn diese deutsche Nation ihr Ansehen als Rechtsvolk im Kreise der Kulturnationen dauernd einbüßen müßte.

Staatsunwürdig wie das Ziel ist der Weg der Ordnungen. Es war bisher des Landes nicht der Brauch, Justizgesetze, deren Tragweite auf Generationen angelegt ist, mit stürmischer Hand ohne entscheidende Mitwirkung der Volksparteien und ohne ausreichendes Gehör erfahrener Vertreter der Rechtsprechung und der Rechtsanwendung zu erlassen. Eine ganze Reihe der wichtigsten Bestimmungen in der Verordnung vom 4. Januar über Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege ist ohne jede Beziehung zu dem Hinblick auf die Not von Volk und Reich. Sie sind nicht Heilmittel bestehender Not, sondern Erreger neuer ungeahnter Rechtsnot. So sprengen sie den Rahmen des Ermächtigungsgesetzes und stellen das ganze der Verordnung auf eine höchst bedenkliche, der Aufhebung durch Richterpruch stark ausgelegte Grundlage.

Notwendig und dankenswert ist das Vorhaben republikanischer Parteien des Reichstages und des Preussischen Landtages, sobald die Beseitigung der schwersten Schäden zu fordern, die der rücksichtslose Lauf der Verordnungsmaschine anrichtet hat und weiter anrichten würde. Allen Anschlägen und Rückschlägen zum Trotz muß Recht doch Recht bleiben. Ueber kurz oder lang muß deutsches Volksrecht sich durchsetzen. Um seine Zukunft ist uns nicht bange.

## Schachts Bericht.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist am Freitagabend von Paris zurückgekehrt. Am Sonnabend erlitt er dem Reichsminister in Gegenwart des preussischen Ministerpräsidenten Brauns Bericht über seine Pariser Eindrücke und den Verlauf seiner Verhandlungen mit den Sachverständigenausschüssen. Im Verlauf der Berichtserstattung teilte Dr. Schacht u. a. mit, daß er auch von Millerand, dem französischen Staatspräsidenten, zu einer Unterredung gebeten wurde und die B'sprechung mit Poincaré auf dessen ausdrücklichen Wunsch erfolgte.

Darsteller taten das ihrige dazu, mit unzulänglichen Mitteln Ausdrucksstufen vorzutauschen. Paul Bildt (Chemann) hatte sich offenbar Hohlere Figuren zum Muster genommen, um Wucht in seine Darstellungen zu bringen. Aber indem er hauchend auf seine Frau einborte, nur mit gebogenen Knien lief und stand, erweckte er den Eindruck ungewollter Komik. Der Regisseur Karl Vogt milderte — nicht im Sinne des Dichters —, was durch Triebhaftigkeit roh wirken sollte, und war damit strammer als Stramm.

Ernst Degner.

## Die Kugel in der Lunge.

In Prag vergnügte sich ein sechzehnjähriger Schlosserlehrling damit, acht Millimeter dicke Stahlkugeln, die er aus einem Kugellager genommen hatte durch ein Glasrohr zu blasen. Dazu brauchte er einen ganz gehörigen Luftvorrat; als er zu diesem Zweck kräftig Atem holte und dabei unvorsichtigerweise das Glasrohr im Munde behielt, also durch dieses die Luft ansetzte, sog er mit ihr eine Kugel in die Lunge hinein.

Im Verein deutscher Ärzte in Prag hat Dr. Bumba über den eigenartigen Fall nähere Mitteilungen gemacht, über die die „Medizinische Klinik“ berichtet. Mittels Röntgenuntersuchung ließ sich unschwer feststellen, daß die Kugel im rechten Brustraum in der Höhe der vierten Rippe lag. Da seit dem Unfall erst wenige Stunden verstrichen waren, veruchte man, durch Aufhängen des jungen Mannes an den Beinen, durch Abklopfen der Brustkorb- und starkes Hustenlassen die Kugel herauszubefördern. Wie sich später herausstellte, hatte sie aber schon einen solchen Reiz auf die benachbarte Schenkhaut ausgeübt, daß diese stark angeschwollen war. Man konnte dies mittelst der Bronchoskopie sehen, das ist eine Weiterbildung der Reihkopfspiegelung, die es ermöglicht, bis in die großen Verzweigungen der Luftröhre hineinzusehen und sogar mit Instrumenten dort zu arbeiten. Man sah die Kugel ganz deutlich in der rechten Luftröhrenabzweigung, vierunddreißig Zentimeter von der oberen Jahreize entfernt, konnte sie aber wegen ihrer großen Größe mit einer Zange nicht festhalten. Auch ein Versuch mit einem Nietenmoneten, wobei ein Eisenstück durch das Spiegelrohr bis dicht an die Kugel gerührt wurde, war vergeblich. Nun wurde ein diamantener Gummi Schlauch eingeführt, mit etwas größerem Durchmesser als dem der Kugel. Als sein Rand die Kugel berührte, wurde eine Saugpumpe in Tätigkeit gesetzt, und so gelang es endlich, die Kugel glücklich wieder aus dem nicht für sie bestimmten Lager in der Lunge zu entfernen.

Käthe Kollwitz über die Schönheit der Arbeiter. Käthe Kollwitz veröffentlicht in den „Sozialistischen Monatsheften“ eine „Erinnerung an Steinlen“, in der sie ausdrücklich ein bedeutsames Bekenntnis ihrer eigenen Kunst ablegt. „Als ich im Jahre 1903 in Paris war“, schreibt sie, „führte mich ein Bekannter zu Steinlen. Er wohnte oben auf dem Montmartre. Wir wurden in den Bohrerum gebracht und wählten auf ihn. Aus dem Raum ging eine kleine Treppe nach einem höher gelegenen Zimmer. Zuerst erschien ein Kind, ein derbes Mädel, das auf allen

Bieren die Treppe herunterkroch, uns besah und wieder hinaufkroch. Dann kam Steinlen die Treppe heruntergelaufen. Ein breiter, bäurisch gebauter Mann mit gut und fest geformtem, dunklem Kopf. Er begrüßte uns, führte uns in sein kleines, sachlich eingerichtetes Atelier, wo seine Steindruckpresse stand, war mittelstern und natürlich. Ich saß ich noch vor uns sitzen, breit und fest. Aus den festen Tischen seiner wüchsig gebauten Arbeiterhose holte er sich den lesten Tabak zu ununterbrochenem Rauchen.“ Käthe Kollwitz betont dann, daß das soziale Element in Steinlens Kunst wohl nicht den Ausschlag für die Art seines Schaffens gegeben habe; sie hält für den innersten Antrieb zu seiner Arbeit „die einfache Tatsache, daß er Augen hatte für die große Schönheit der Arbeiterklasse in all ihren Betätigungen“. Und dann spricht sie weiter über diese Schönheit der Arbeiter, deren Darstellung ihr selbst in ihrer Kunst so wundervoll gelungen ist: „Die Arbeiterklasse, das ist ganz frohes für den, dem einmal die Augen dafür aufgegangen sind, hat ihre besondere Schönheit, die übermäßig und aufregend wirkt und die sich in Paris stark offenbart. Wer den Boulevard Saint-Michel gegen Abend kennt, wenn die Fabriken ihre Tore geöffnet haben, der weiß, was ich meine. In Geste, in Sprache, in Kleidung der Arbeiter, der Arbeitmassen liegt diese besondere Schönheit.“

Frühjahrsausstellung in der Akademie der Künste. Die Akademie der Künste veranstaltet auch in diesem Jahre in ihren Räumen am Pariser Platz 4 eine Frühjahrsausstellung, für die freie Einladungen zuwachsen werden. Die Ausstellung, die Werke der Malerei und Plastik umfassen wird, soll Ende April oder Anfang Mai d. J. eröffnet werden. Die Werke sind in der Zeit vom 20. März bis 5. April in der Akademie einzusehen. Ueber die Aufnahme der freien Einladungen entscheidet die aus der Ausstellungskommission der Akademie bestehende Jury. Programme und Ausstellungsmappe können vom Förnter der Akademie, Pariser Platz 4, gegen Erstattung einer Unkostengebühr von 1,50 M. bezogen werden.

„Woju die Geheimströmung?“ Zu unserer Zeit in Nr. 41 betr. den Nachlaß der Gebrüder Grimm ist uns der Direktor der Handschriftenabteilung der Preussischen Staatsbibliothek mit, daß die beiden Nachkommen Wilhelm Grimms, die das Verfügungsrecht über den Nachlaß der Brüder haben, in keinem einzigen der zahlreichen Fälle, in denen sie um ihre Zustimmung zu Publikationen aus dem Inhalt der Geheimströmung ersucht worden sind, diese verweigert hätten.

Jensie des Polarreises. Von Dr. Gullmann wird am 3. Febr. nach, 3 Uhr, im großen Saal des Anhalters für Keresen (und die Wogenheit, 24) eigene, Uebilder, Gartenanlagen und eine maloname von seinen Reisebegleitern, der am 20. April, mit begleitendem Vortrag vorführen. Die modernere Welt auf diese vollkommene Erfindung zu dem leoben veröffentlichten Roman „Die Polarreise“ aufmerksam. Unsere Abonnenten erhalten gegen Vorkauf der Kultur Einladungen zu beiden Preisen (30 Pf.) im Vorverkauf in der Bormärtyrbuchhandlung.

Walter Döhl ist im Rahmen der Dichtabend der Humboldt-Hochschule Dienstag abends 8 Uhr in der Aula Dorosthenstr. 12 aus eigenen Werken vor.

## Das Urteil im Kerthoffprozeß.

In dem Prozeß gegen den Reichstagsabgeordneten van den Kerthoff vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts Oberfeld wegen Steuerhinterziehung und Siegelbruches wurde am Sonnabend nach fast sechsstündiger Verhandlung gegen 9 1/2 Uhr das Urteil gefällt. Die Anklage wird dem Abgeordneten van den Kerthoff vor, in Belbert im Jahre 1920 der Steuerbehörde wissenschaftlich unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht zu haben, die geeignet wären, eine Beeinträchtigung der Kriegschablone vom Vermögenszuwachs herbeizuführen, ferner im Juli 1922 in Belbert und unbekannter Weise Siegel, die von einem Amt angesetzt waren, um Sachen in Beschlag zu nehmen, vorsätzlich beschädigt, erbrochen, abgelöst und beseitigt zu haben. Nach längerer Zeugenvernehmung, die sich lediglich auf die tatsächlichen Vorgänge des in Frage kommenden Deliktes erstreckte, beantragte der Staatsanwalt das Verfahren wegen Steuerhinterziehung abzusetzen und diese an den Reichsanwalt zu überweisen. Hinsichtlich des zweiten Punktes der Anklage vertrat der Staatsanwalt den Standpunkt, daß ein objektiver Siegelbruch erwiesen sei. Der Abgeordnete stütze nicht außerhalb der Befehle, sondern über den Befehl und habe gerade als Volksvertreter die Pflicht, den Befehlen Achtung zu verschaffen und sie vor allem selbst zu respektieren. Eine Freiheitsstrafe komme bei der ganzen Sachlage nicht in Frage; dagegen beantragte er die höchste zulässige Geldstrafe von 600 Goldmark oder eine entsprechende Gefängnisstrafe.

Das Gericht kam nach etwa einstündiger Beratung zu folgendem Urteil: Es stehe auf dem Standpunkt, daß der Eröffnungsbeschluß des Oberlandesgerichts in Düsseldorf, auf den sich das Verfahren gegen van den Kerthoff gründe zu Recht bestehe. Das Oberlandesgericht sei entgegen der Ansicht der Verteidigung von keinerlei politischen Gesichtspunkten geleitet gewesen. Betreffs des Steuerdeliktes brauche man nicht zu prüfen, ob nach ein Steueranspruch bestünde oder nicht; das sei materiell unerheblich. Das Gericht habe in diesem Fall wegen Mangels an Beweisen auf einen Freispruch erkannt. Ein Verdacht gegen den Angeklagten bestehe immerhin so lange bestehen, bis von ihm nachgewiesen sei, wo die in seiner Steuererklärung nicht belegten Gelder verblieben seien. Immerhin konnten die Angaben des Angeklagten nicht widerlegt werden. Hinsichtlich des Siegelbruches sei hervorzuheben, daß das Verhalten des Untersuchungsrichters vollkommen korrekt war. Bei dem Siegelbruch ließe es sich um ein Vergehen zu handeln, das überhöhten Begriffen der Abgeordnetenrechte entspräche. Der Angeklagte sei sich bei seinem Vorgehen über die Tragweite seiner Handlungswelt anscheinend nicht im Klaren gewesen. Von einem Abweichen müsse man aber in erster Linie Korrektheit verlangen. Korrekt wäre es gewesen, wenn er sich vorher beim Untersuchungsrichter über seine Berechtigung zur Entnahme der Siegel hätte erkundigt hätte. Aufgeklärt sei allerdings die ganze Angelegenheit nicht. Das Gericht habe auch in diesem zweiten Punkte auf Freispruch erkannt, da der Angeklagte das Bewußtsein der Rechtsmäßigkeit seiner Handlungen anscheinend nicht gehabt habe und offensichtlich von anderer Seite irreflektiert worden sei.

Auch der Prozeß vor dem Obersten Landgericht hat keine Klärung der Angelegenheit des deutsch-nationalen Akt von der Kerthoff gebracht. Das Gericht handelte nach dem Rechtsbrauch: in Zweifelsfällen für den Angeklagten. Es hat aber in der Begründung des Urteils besagt, daß die Verdachtsmomente in der Frage der Steuerhinterziehung keineswegs in allen ihren Teilen durch den Verlauf der Verhandlung beseitigt wurden. Der Verdacht löst also auch weiter auf dem Abgeordneten.

Bezeichnend für die Objektivität der reaktionären Presse ist der Prozeßbericht in der Montagmorgenausgabe des „Vokal-Anzeigers“, der unter der Überschrift: „Doppelter Freispruch im Kerthoff-Prozeß“ erscheint und in dem die für den ihm naheliegenden Abgeordneten ungünstigen Urteilsbegründung einfach unterschlagen wird. Gegen sozialdemokratische Politiker und Stammmänner wird jeder Kullissenklatsch überwollender Berleumder zusammengetragen, die Vorgänge im eigenen Lager vertuscht man. Und die ganze Mischung trägt die stolze Überschrift: **Deutschnational**.

## Berliner Trauerfeier für Lenin.

Eine Berliner Lokal-Korrespondenz meldet:

„Unter starker Beteiligung fand gestern vormittag im Großen Schauspielhaus aus Anlaß des Ablebens Lenins eine Trauerfeier der Kommunisten statt. Auf der Bühne stand das Brustbild Lenins, umrahmt von einer roten Fahne. Dahinter sah man, durch einen Scheinwerfer auf die Leinwand geworfen, Lenin am Arbeitstisch. Ein Sängerchor leitete die Feier ein. Ein Orchester spielte Trauermusik. Ein Redner schilderte das Leben und Wirken des verstorbenen Führers Kominternführers. Er pries Lenin als Vorbild für jeden Kommunisten und forderte die Anwesenden auf zum Schluß, weiter zu kämpfen bis zum endlichen Sieg. Nach dem Vortrag eines Gedichts zur Verherrlichung Lenins fand die Feier unter Abklingung der Internationale um 1 Uhr ihr Ende.“

Während im Großen Schauspielhaus die Veranstaltung ohne jeden Zwischenfall verlief, kam es vor dem Theatergebäude und in der Karloffstraße zu großen Zusammenkünften meist jüdischer Personen. Es wurden mehrfach Hochrufe auf die Dritte Internationale ausgebracht. Doppelseitig wurde die Mense: „Nieder mit der Schump! Nieder mit dem Kapitalismus!“ Den wiederholten Aufforderungen der Schumpolizei, die Straße freizugeben, und sich zu zerstreuen leisteten die Demonstranten keinen Gehor. Da die Kommunisten sich immer wieder anfasen, wurde schließlich die Mense unter Anwendung von Gummiknüppeln und mit aufgespanntem Seitensperren auseinandergetrieben. Drei Personen, die sich besonders resistent benahmen und Bravos anriefen, wurden zur Wache geschafft. Zwei andere Personifikationen, die zu gleicher Zeit in den Rheinischen-Sälen und in Altes Kaffeehaus stattfanden, sind ohne nennenswerte Zwischenfälle verlaufen.“

## Demokraten gegen Emminger-Justiz.

Der Parteiausflug der Demokratischen Partei trat am Sonntag im Reichstagsgebäude zu einer aus allen Teilen des Reichs stark besuchten Tagung zusammen. Zum Vorsitzenden an Stelle des zum Hamburger Bürgermeisters gewählten Dr. Petersen wurde Reichstagsabg. Koch-Weser gewählt. Der Parteiausflug beschloß, den nächsten Parteitag am 6. April abzuhalten, und zwar in Weimar oder in Weimar. Die dem Parteiausflug mitgeteilt wurde, hat die demokratische Reichstagsfraktion in ihrer letzten Sitzung beschlossen, zur Justizreform einen Gesetzentwurf zu verlangen, wonach die Strafkammer nicht, wie vorgesehener, von drei Richtern und zwei Schöffen besetzt werden soll, sondern von zwei Richtern einschließlich des Vorsitzenden und drei Schöffen. Sie sollen aus einem Vorsitzenden und sechs Schöffen bestehen. Die Schöffen sollten nicht nur über die Schuld, sondern auch über die Strafe entscheiden. Der Vorsitzende soll die Beratungen leiten, aber an der Abstimmung nicht teilnehmen. Schließlich wurde noch eine Vereinfachung der Schwerebarkeit verlangt. Weiter wurde ein Antrag angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, darauf zu halten, daß in Zukunft eine auch nur vorübergehende Verminderung wesentlicher Rechtsgarantien, vermieiden wird und die jetzt angeordnete Beschränkung der Beweisannahme in Strafprozessen möglichst bald wieder beseitigt wird.

## Das Unglück im Leuna-Werk.

Zum Unglück im Leuna-Werk wird uns von unterrichteter Seite geschrieben:

Das Unglück im Leuna-Werk, das sich am Donnerstag ereignete und nicht nur in Mitteldeutschland, sondern auch im ganzen Reich lebhaften Widerhall fand, darf nicht ohne kritische Bemerkungen übergegangen werden. Gewiß ist, daß verschiedene Blättermeldungen übertrieben waren — so wurden beispielsweise 15 Tote gemeldet —, aber es war keine Sensationslust, die die Zeitungen diese Meldungen bringen ließ.

Es herrschte am Abend des Unglücksabends in der zum Werk gehörenden Kolonie Neurössen, in Merseburg und in Halle eine derartig starke Nervosität, daß die wildesten Gerüchte aufkommen mußten. Die Werkleitung ließ es einfach an der nötigen Aufklärung, die für die Beruhigung weitaus zweckmäßiger gewesen wäre, fehlen. Sie gab auf alle Anfragen derartige Auskünfte, daß jeder, der nur ein bißchen Ahnung von Beschäftigungstaktik und anderen Manövern dieser Art hat sofort wußte, was los war. Man wußte die ganze Angelegenheit möglichst totschweigen. Als der Betriebsrat bei der Direktion vorstellig wurde, um Pressevertretern die Erlaubnis zu erwirken, die Unfallstätte zu besichtigen, wurde ihm diese Erlaubnis einfach verweigert. Es war, da das Werk wie eine Festung abgeschlossen ist und Portiers mit militärischen Gesten — scheinbar alte Feldwebel — jeden auf Herz und Nieren prüfen, keinem Zeitungsmanne möglich, über tatsächliche Geschehen zu berichten. Den Arbeitern, die über die am Unfallort verlaufende Straße zu ihrer Arbeitsstelle mußten, war es verboten, stehen zu bleiben. Mit allen Mitteln wurde versucht, den Schleiher der Verunsicherung über die Angelegenheit zu breiten. Bereits am Freitag wurden von den Gewerbebehörden die in Frage kommenden Gebäude wieder freigegeben, die Aufräumarbeiten wurden sofort mit feberhaftem Tempo in Angriff genommen. Die Staatsanwaltschaft aber hat die Untersuchung an Ort und Stelle erst am Sonnabend eingeleitet, während es doch sonst so gehandhabt wird, daß erst dann Aufräumarbeiten vorgenommen werden dürfen, wenn die Untersuchung restlos durchgeführt worden ist. Neben der schweißigen Werkleitung standen die Polizeibehörden ebenso stumm. Bis zum Sonnabend lag noch kein Bericht von dieser Seite vor. Man schweigt sich aus. Der Betriebsrat hat der Werkleitung vorgeschlagen, die Hochdruckbehälter mit Stahlfammern zu umgeben, damit sich in Zukunft derartige Unglücksfälle nicht mehr ereignen können. Die Tatsache, daß der zur Verunsicherung gehörende Hochdruckbehälter an einer der verkehrsreichsten Straßen des Werkes lag, und daß sich in der Nähe dieser Verunsicherung Werkstätten, in denen viele Menschen beschäftigt sind, befinden (die meisten der zu Tode gekommenen Arbeiter waren in der Schlosserei beschäftigt), läßt die Frage auftauchen, ob es überhaupt zulässig war, derartig gefährliche Betriebe, in denen sich leicht hochexplosive Geis bilden, mitten im Werk unterzubringen. Jedenfalls haben nicht nur die Arbeiter, sondern auch weite Kreise der Öffentlichkeit im Reich das größte Interesse daran, daß von behördlicher Seite ein ausführlicher und einwandfreier Bericht über die Sachlage gegeben wird, und daß man mitteilt, welche Vorkehrungen getroffen sind. Man ist sich darüber klar, daß, wenn nicht alles aufgebahrt wird, um die denkbar größte Sicherheit herzustellen, leicht ein zweites Oppau eintreten kann. Die Forderung nach einer in allen Einzelheiten anschaulichen behördlichen Darstellung ist um so berechtigter, als sich vor zwei Monaten im gleichen Werke eine größere Explosion ereignet hat, bei der gütlichweise keine Menschen zu Tode kamen.

## Mordprozeß Goldbach - Jandke.

Die zum Tode Verurteilten nochmals vor der Strafkammer.

Im außerordentlichen Verfahren begann heute früh unter großem Andrang des Publikums vor der Strafkammer des Landgerichts I die neue Verhandlung gegen die bereits wegen Ermordung des Wachtmeisters Steiner zum Tode verurteilten Kurt Goldbach und Hans Jandke.

Die neue Anklage wirft den Angeklagten vor, daß sie auf der Flucht nach der Mordtat am 8. Februar d. J. auf den Wächter Bedemann, der ihnen entgegenrot Schüsse abgegeben und sich infolgedessen des versuchten Totschlags nach § 214 (um sich der Ergreifung auf trübsaliger Tat zu entziehen) schuldig gemacht zu haben. Ferner sollen sie am 16. Februar einen Einbruch in eine Kartenzubehörfabrik in der Boppstraße begangen und als sie erwidert wurden, zunächst auf den Privatwächter Baur und dann am Hohenstaufenplatz auf den Polizeiwachmeister Köhner Schüsse abgegeben haben. Eine Anklage Goldbach hat dabei auch Köhner in den Arm getroffen. Die beiden Angeklagten, die jetzt im laufenden Jahre 20 Jahre alt werden, erscheinen bei der Vorführung aus der Haft mit lächelnden Gesichtern, als ob sie zu einer Theateraufführung erschienen. Der Angeklagte Goldbach gibt an, daß er an dem verhängnisvollen 8. Februar mit Jandke in der Zimmerdiele gewesen sei, wo sie eine Flasche Schwedenwhisky getrunken hätten. Dann seien sie in ein Nachbarlokal in der Zimmerstraße gegangen und hätten noch mehrere Gläser Bier und Wisky getrunken. Aus dem Nachbarlokal hätten sie in der Drömlingstraße hinter der Alexandrinstraße in einem Hauskellerein ein Bedürfnis verrichtet. Der Wachtmeister Steiner sei hinzugekommen, habe ihn zur Rede gestellt und die Papiere abverlangt. Und da habe er die 3 Schüsse aus nächster Nähe auf den Beamten abgegeben. Anzeig.: Das ist richtig, aber ich habe ihn nicht absichtlich treffen wollen, sondern ich wollte daneben schießen. Vorst.: 2 Schüsse haben ihn aber getroffen und er ist sofort umgefallen. Hat Jandke auch geschossen? Anzeig.: Das weiß ich nicht. Ich bin sofort weggerannt. Vorst.: Auf den Wächter Bedemann, der Ihnen auf der Flucht entgegenrot haben Sie auch geschossen. Anzeig.: Ja, aber er hat nicht geschossen. Ich habe das Feuer nur erwidert. Vorst.: Wissen Sie, ob Jandke auch auf den Wächter gefeuert hat? Anzeig.: Nein, ich habe mich gar nicht umgesehen. Vorst.: Haben Sie dem Wächter eins auf den Kopf gegeben und ihn mitgehen lassen? Anzeig.: Totschicken durchaus nicht. Ich wollte ihn nur von der Verfolgung abhalten. Anzeig.: Jandke: Goldbach ist im Arretum, wenn er sagt, daß er auf den Wächter auch geschossen habe. Der Wächter hat zuerst auf Goldbach geschossen und da habe ich den Schuss erwidert, es sollten das aber nur Schreischüsse sein. Vorst.: Sie waren doch gar nicht angegriffen worden wie kamen Sie dazu zu schießen? Anzeig.: Darüber habe ich mir keine Gedanken gemacht. Vorst.: Sie hatten doch eben erst gesehen, welches Unheil eine Anklage anrichten kann. Anzeig.: Ich war betrunken. Vorst.: Sie müssen angegriffen sein, aber nicht betrunken denn Sie kommen in sehr auf Füßen. Auf Befragen wurde festgestellt, daß Goldbach einen englischen Browning und Jandke eine deutsche Armee pistole hatte.

## Großfeuer in der Köpenicker Straße.

Am Sonntag früh um 8 Uhr wurde die Berliner Feuerwehr von mehreren Seiten nach der Köpenicker Straße 33a alarmiert. Als der 5. Wächter auf der Brandstelle erschien, stand in einer zur Köpenicker Straße gehörenden Neben Seitengasse der Dachstuhl eines vierstöckigen Fabrikgebäudes total in Flammen. Der Feuerwehrr war der Zugang und das Eindringen durch fest verschlossene eiserne Türen sehr erschwert. Auf dem Boden lagende große Vorräte an Papier in Ballen und andere Gegenstände brannten in solcher Ausdehnung, daß sofort mit mehreren Schaufelungen vorgegangen werden mußte. Inzwischen hatten die Flammen und infolge der großen Hitze die im vierten Geschos befindliche Antriebsvorrichtung von Winkler u. Seherland erdrückt, in der hauptsächlich Andrie aus Geflochten hergestellt werden. Geflochten ist ein Kunstprodukt aus Zellulose und Quark, das sich bei großer Hitze schnell entzündet. Anstandslos dieser Gefahren wurde mit fünf Rohren über die steinernen Treppen hinweg un-

gekehrt von Motorpumpen Wasser gegeben. Es konnte aber nicht mehr verhindert werden, daß der Dachstuhl fast vollständig zerstört wurde, woran die eiserne Dachkonstruktion ursächlich mit zu beigetragen hat. Die eiserne Träger hielten nicht stand, sie verbogen sich im Gegenlag zu den zerstörten tiefen Balken vollständig und rissen, da sie im Mauerwerk verankert waren, dies noch obendrein mit den Fugen, so daß Einsturzsache bestand. Der Schaden ist sehr erheblich. Der Hof ist über ein Meter hoch mit angebranntem Papierresten bedeckt. Man vermutet, daß der Brand unbemerkt längere Zeit auf dem Boden gewütet hat.

## Die „Siegensnachricht“ der Ärzte.

Der Verband der Krankenkassen schreibt uns: Die bürgerlichen Zeitungen bringen, jedenfalls auf Betreiben der Ärzte, eine Notiz über die gestrigen Verhandlungen im Oberversicherungsamt, nach welcher die Kassen angehalten werden sollen, das Angebot der Ärzte, falls es in verbindlicher Form abgegeben wird, anzunehmen. Der Vorsitzende des Oberversicherungsamts, dem diese Notiz vorgelegt wurde, erklärte die Darstellungen für unrichtig und gab folgende Erklärung ab: „Seitens des Oberversicherungsamts ist bei den Verhandlungen am 25. Januar keine Erklärung des Inhalts abgegeben worden, daß es die Krankenkassen anhalten würde, das Angebot der Ärzte anzunehmen.“

Aus dieser Berichterstattung gewinnt man den Eindruck, daß der Vorstand der Wirtschaftlichen Abteilung des Ärztebundes sich in einer recht unangenehmen Lage befinden muß. Die Verhandlungen im Oberversicherungsamt sind nur informativer Natur gewesen und haben, wie der Vorsitzende selbst feststellt, zu keinerlei Entschlüssen geführt. Die Ärzte berichten aber über ein positives Ergebnis zu ihren Gunsten. Auffallend wirkt das Bestreben der Ärzte, in die früher so geläufigen alten Verträge so schnell wie möglich und event. sogar mit Hilfe der Aufsichtsbehörden, wieder einzutreten. Der neugegründete Berliner Kassenärzterverein schreibt hierzu in seinem letzten Rundschreiben:

„Bei Beginn des Streiks proklamierte man: Keinesfalls Verhandlungen mit irgendwem, bevor nicht die Verordnung zurückgenommen ist“ — heute bietet die Ärzteorganisation den Kassen ihre Dienste an und bittet um Gewähr derselben Vertragsbedingungen wie vor dem Streik mit Einfluß der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung! Nun ist die Verordnung beseitigt! Und wie steht es ferner mit der unbefristeten freien Arztwahl? Die unbefristete freie Arztwahl ist ideale Ärzte, ideale Patienten und ideale Wirtschaftsverhältnisse voraus... Mit vollem Bewußtsein treten wir deshalb für das System der beschränkten freien Arztwahl ein, und sind fest überzeugt, daß die Ärzte, welche früher dem Verein der Gewerksärzte und dem Verein Berliner Kassenärzte (B. B. K.) angehörten, das von uns vertretene System als das einzig gerechtere ansehen und lediglich aus falsch verstandener Kassenloyalität und Solidarität und Ständebewußtsein heraus noch nicht den Weg zu uns gefunden haben.“

## Verbesserungen bei der Straßenbahn.

Ab 30. Januar verkehrt Linie 3 im 7 1/2-Minutenbetrieb. Ferner werden folgende neue Linien eingerichtet: Linie 36 Reußhain, Krefeldstraße bis Schönholz, im Zuge der Linie 28 bis Roskopsplatz, dann im Zuge der 41 bis Schönholz. — Linie 68 von Wittenau im Zuge der 28 bis Invalidenstraße, dann im Zuge der 44 bis Alexanderplatz, ferner durch die Frankfurter Allee bis Herzberge. — Die Linie 99 endet an der Seestraße. Linie 199 wird von hier ab über Prinzenallee nach Pankow geführt. Die Linie 32 wird bis Reinickendorf durchgeführt. In Stelle der bisherigen Linie 72 verkehrt die Linie 73.

Genosse Franz Hänsler teilt uns mit, daß das angeblich in Berliner Parteikreisen kursierende Gerücht, der Bezirksvorstand hätte die Verteilung der Broschüre „Parteilosigkeit, Parteilosigkeit und Quertreiberei“ unterbunden, nicht richtig sei. Die dem Berliner Sekretariat vom Parteivorstand zugewiesenen Broschüren seien vom Sekretär, Genossen Theodor Fischer, restlos an die das Bureau aufsuchenden Genossen verteilt worden.

Die Militärbehörde gegen die Internationale Arbeiter-Hilfe. Das Deutsche Hauptkomitee der Internationalen Arbeiter-Hilfe hatte die Ortskomitees des Deutschen Reiches zum arstrigen Sonntag zu einer Konferenz in Berlin einladen. Vorher sollte eine öffentliche Sitzung stattfinden, in der über die Arbeiten der Internationalen Arbeiter-Hilfe berichtet werden sollte. Als die Delegierten und die Gäste vormittags 10 Uhr vor dem in Aussicht genommenen Tagungsort, dem Berliner Rathaus in der Köpenickerstraße, eintrafen, wurde ihnen durch Handzettel mitgeteilt, daß die Militärbehörde eine öffentliche Tagung verboten hatte. Gestattet wurde nur eine in den Räumen der WSA (Unter den Linden 11) abzuhaltende interne Besprechung zwischen dem Hauptkomitee und den Delegierten unter Ausschluß der Gäste.

Angriffische Sozialdemokraten. Die in Groß-Berlin ansässigen Sozialdemokraten aus Unarm werden ermahnt, sich mit dem Landesmann Genossen Alex. Rib, Berlin, Friedenstraße 32 III, in Verbindung zu setzen.

Gefährliche Reise auf Treibels. Auf den zugefrorenen Detektiv und hatte sich gestern eine große Anzahl Menschen begeben. Da vom Lande starker Westwind wehte, war das Betreten des Eises mit großer Gefahr verbunden. Als sich trotz der Warnungen der Fischer gegen vier Uhr nachmittags noch mehrere hundert Menschen auf dem Eise befanden, riß sich plötzlich mit ahrenbedäunendem Knall das Eis bei Heilerup los und trieb in den Sund hinaus. Fischerbojen und einem Kopenhagener Handelsdampfer gelang es, sämtliche Personen, die sich auf dem treibenden Eise befanden, zu retten. Auch die ins Wasser gefallen Personen konnten ausgefischt werden.

Schiffsuntergang bei Le Havre. In der vorgestrigen Nacht ist der amerikanische Dampfer „Eimont“ auf der Fahrt nach New York nach Kauen im Nebel an der Felsenküste von Oelenisse bei Le Havre gescheitert.

## Sport.

Robt Sieger im Stunden-Einfahrt. Das Velodrom am Kottbusdamm wird gestern wieder ein voller Haus sein. In kurzer Folge reichten sich die Bräunen und Weibchen im Stunden-Einfahrt aneinander, wobei sich das Feld oft sehr bedenklich auseinander zog. Wambach, der trotz des lächerlichen Tempo der Fahrer oft vorwärts, dem Rennen einen unvermeidlichen Blick zu geben, konnte dafür am Schluß mit einem Preis heimgehen. Kurz vor der 6. Wendung geht Robt dem Reide davon und hat schon nach kurzer Zeit eine Runde gewonnen, worauf Eadlow das nun anschließende Rennen auflißt. Etrac ist Robt mit 5 Punkten und eine Runde vor. Den zweiten Platz belegte Eadlow mit 24 Punkten und eine Runde zurück. Dritter wurde Remonac mit 14 Punkten eine Runde zurück. (Schwabenstraße 33410 Kilometer. Das Landem-Bräunen-Fahrtren über 80 Runden gewonnen Eadlow. Punkte in 810 vor Kottbusdamm-Schwarz. Am 10. Runden-Einfahrt angeschlossen hat Oermer vor Eto. Im dem 50. Runden-Bräunen-Fahrtren hatten Reiten-Schwarz das Feld stark gelichtet. Eto lagte nach 14 Minuten vor Kottbusdamm und Schwarz. Das recht interessante Vierer-Treffen über 4 Runden war ein freier Sieg des Holländers van Ref, der alle Punkte gewann und den anschließenden laufenden Wagnetti im Abstande führte. Am ersten Lauf führten Kohn und Wagnetti ein tolles Rennen. Den ersten Lauf den zweiten Lauf gewann van Ref, der zweite Lauf mit 3 Wendungen über 15 Runden sah van Ref einmal als ersten und einmal als zweiten. Den dritten Lauf gewann Giorgetti, van Ref siegte im 4. Rennen mit 27 Punkten vor Kohn, 15. Punkten. Dritter wurde Giorgetti mit 13. Punkten. Der nicht besonders labende Lorenz belegte mit 10 Punkten den letzten Platz. Kohn und van Ref luden im Reford-Fahrtren über eine Runde die gleiche Zeit, nämlich 12,4 Sekunden, Giorgetti nur 13.1 Sekunden.

